

WOHIN DENN NOCH?

Der Abschied vom Wachstum wird oft gefordert. Doch Politik, Wirtschaft und viele Verbraucher setzen weiter auf das »Immer mehr«. Obwohl es Alternativen gibt

Von Angelika Zahrt

Einkaufen nur im Secondhandshop oder Leben ohne Auto und Plastik: Die individuellen Versuche, einen ökologisch und sozial verantwortbaren Lebensstil zu finden, sind vielfältig. Diese Selbstversuche mit ihren Klippen und Konflikten – erst recht, wenn die gesamte Familie mitziehen soll – sind inzwischen auch literarisch dokumentiert, wahlweise ernsthaft reflektierend oder lustvoll karikierend. Es gibt reihenweise Ratgeber mit Tipps, wie man umweltfreundlich wohnen, kochen und reisen kann und wie man sich im Dschungel der öko-fairen Siegel zurechtfindet. Es gibt auch weitergehende Überlegungen, wie man mit weniger gut leben kann und dass ein Leben mit weniger Gütern an Erfahrungen reicher sein kann. Dies bestätigt auch die neuere Glücksforschung. So weit, so positiv.

Aber der Blick in Fußgängerzonen und Shoppingmalls zeigt ebenso wie die Statistiken über Konsum und Ressourcenverbrauch das ernüchternde Resultat: All die individuellen Ansätze berühren die Konsumgesellschaft nicht wesentlich und bewirken nur geringe ökologische Entlastungen. Gegen den (Konsum-)Strom schwimmen kann beleben, aber auf Dauer kann es anstrengen – und die Erfahrungen zeigen, dass daraus kein Massensport entsteht.

Individuelle Strategien, den eigenen Ressourcenverbrauch durch Verzicht, bewusstes Einkaufen oder Entschleunigung zu senken – die sogenannte Suffizienzstrategien –, reichen nicht aus, um eine breite gesellschaftliche Veränderung gegen die vorherrschende Konsumorientierung voranzubringen. Ohne politische Anreize und Rahmenbedingungen wird der Abschied vom Fetisch Wachstum nicht gelingen.

In der Politik scheiden sich beim Thema Wachstum die Geister. Die einen setzen angesichts der Wirtschaftskrise auf möglichst hohe Zuwachsraten, als hätte es die Klimadiskussion und die Debatte über knappe endliche Ressourcen nie gegeben. Angesichts der ökologischen Grenzen ist es jedoch unvorstellbar, dass der reiche Norden weiter so wirtschaftet und weiter so wächst wie bisher und die Menschen im Süden ebendiese Wirtschaftsweise übernehmen.

Im wachstumskritischen Teil der Politik dominiert die Vorstellung, dass eine nachhaltige Entwicklung vor allem durch eine grüne Wirtschaft erreicht werden kann: durch eine Umstellung der Energiebasis von fossilen auf erneuerbare Energien, durch eine Umorientierung der Ressourcenbasis von fossilen und mineralischen zu pflanzlichen Rohstoffen, durch eine effizientere Nutzung von Energie und Ressourcen bei der Produktion dank neuer Techniken und schließlich durch effizientere Produkte. Dahinter steht die Hoffnung, dass der materielle Lebensstandard mit einem geringen Ressourcenverbrauch gehalten oder sogar verbessert werden kann – ein Verzicht wäre dann nicht notwendig.

Der Traum vom grünen Wachstum kann schnell enden

Doch diese Rechnung geht nicht auf. Dies zeigt zum Beispiel der verstärkte Einsatz von Biomasse zur Energiegewinnung und als Beimischung im Benzin. In Deutschland hat dies zum massiven Anbau von Energiepflanzen wie Mais und Raps auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen, gleichzeitig aber auch zu einer Verringerung der Artenvielfalt geführt. In Ländern des Südens wurden Primärwälder gerodet oder Flächen zum Anbau von Agrarrohstoffen genutzt, auf denen bisher Nahrungsmittel angebaut wurden – mit schwerwiegenden Folgen für die Natur, das Klima und für die Ernährung. Tank statt Teller – die Folgewirkungen dieser Politik wurden erst spät erkannt, die Politik steuert nun mühsam um. Unsere ökologischen Grenzen haben uns einmal mehr eingeholt.

Zudem lehrt die Erfahrung, dass die Menschen ihr Verhalten ändern, wenn sie Produkte nutzen, die weniger Ressourcen verbrauchen. Oft schlägt dann Wachstum die Einsparung. Zu solchen Rückkoppelungseffekten kommt es, wenn mit einem spritsparenden Auto entsprechend mehr gefahren wird oder wenn ein Haushalt einen energiesparenden Kühlschrank kauft, aber der subjektiv empfundene ökologische Vorteil dazu führt, den Kühlschrank zwei Nummern größer zu kaufen und den alten, noch funktionierenden, als Reserve im Keller laufen zu lassen. Diese harmlos erscheinenden individuellen Reaktionen konterkarieren die durch die Technik erreichten Entlastungseffekte.

Für eine zukunftsfähige Wirtschaft reicht deshalb die reine Suche nach mehr Effizienz, nach einem sparsameren Umgang mit Ressourcen nicht aus. Wir benötigen effiziente Produkte und Dienstleistungen – und einen klugen Umgang

mit ihnen, sodass am Ende weniger Ressourcen verbraucht und Klima wie Umwelt tatsächlich entlastet werden. Dazu brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die Produktions- und Konsummuster begünstigt, die weltweit übertragbar sind – eine Zielsetzung, wie sie schon 1992 bei der Konferenz von Rio für Umwelt und Entwicklung vereinbart wurde. Danach ist eine Konsum- und Produktionsweise nur dann gut, wenn ihr alle Menschen auf der Welt folgen könnten, ohne die Erde nachhaltig zu schädigen.

Politik muss das einfachere Leben einfacher machen

Die Kritik an der Konsum- und Wegwerfgesellschaft ist so alt wie diese selbst, und gleichermaßen alt sind die Appelle für einen anderen Lebensstil. Doch diese Appelle für Maßhalten und Begrenzung finden nur begrenzte Resonanz, solange die Politik auf Wachstum ausgerichtet ist und der Konsum als Wachstumsmotor dient. Diese Wachstumsorientierung führt unter anderem dazu, dass Produktion und Dienstleistungen vom informellen Bereich der Eigenversorgung, Familien- und Nachbarschaftshilfe in den formellen Bereich des Marktes verlagert werden. Und Unternehmen auf diesem Markt am Konsum von Gütern und Dienstleistungen verdienen, aber nicht am Sparen oder Nichtkonsumieren.

Dies ruft nach einer Politik der Suffizienz, die Rahmenbedingungen schafft, damit einfacher leben einfacher wird. So könnten sich auf dieser Basis Konsum und Lebensstil qualitativ so weiterentwickeln, dass die ökologischen Grenzen eingehalten und die erforderlichen Klima- und Ressourcenziele erreicht werden können.

Eine Politik der Suffizienz kann zunächst einmal gezielte Maßnahmen gegen Konsum und Verschwendung ergreifen. Dies könnte zum Beispiel durch eine Einschränkung der Werbung geschehen, die uns alltäglich belästigt – morgens mit zugeklebten Fensterflächen in Bussen, abends mit Unterbrechungen im Fernsehen. Eine andere wirksame Maßnahme kann die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs sein, denn bei Dienstwagen zählt der Spritverbrauch wenig, zählen PS aber umso mehr. Sechzig Prozent der Pkw-Neuzulassungen in Deutschland sind Dienstwagen, bei Luxuswagen (BMW 7er, Mercedes S-Klasse) sind es gar 85 Prozent. Und wie stünde es mit gesetzlichen Vorschriften, die den geplanten Verschleiß von Produkten untersagen oder unrentabel machen, etwa durch schärfere und längere Haftungsregeln?

Sodann gehört zu einer Politik der Suffizienz auch die Anpassung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Eine ökologische Steuerreform, die den Umweltverbrauch verteuert und gleichzeitig den Einsatz von Arbeit günstiger macht, ist ein Anreiz für umweltverträgliche Produktion und Produkte. Sie unterstützt zudem eine Verlagerung zu mehr Dienstleistungen, inklusive Reparaturdienstleistungen. Und schließlich fördert sie die Regionalisierung und bekämpft den umweltschädlichen Transportwahn.

Ein anderer langer Hebel, bei dem politische Strukturentscheidungen individuelle Lebensstile beeinflussen, ist der Arbeitsmarkt. Um die Arbeitszeiten zu verkürzen, könnte Teilzeitarbeit steuerlich bevorzugt werden und besondere Berücksichtigung in der Sozialversicherung finden. Dies würde Menschen mehr Möglichkeiten für Eigenversorgung, Gemeinschaftsinitiativen und Freizeit eröffnen und als Gegengewicht zur Konsumorientierung wirken.

Steuerliche Vorteile für die, die weniger arbeiten

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich die Unterschiede in Einkommen und Vermögen deutlich vergrößert. Diese durch eine geeignete Steuerpolitik wieder zu verringern ist aus sozial-, verteilungs- und umweltpolitischen Gründen nötig. Eine solche Steuerpolitik würde unsere Lebensstile beeinflussen: Wenn nur noch wenige Personen sehr hohe Einkommen hätten, dann wären ressourcenintensive prestigeträchtige Lebensstile weniger verbreitet. Dann wäre die Vorbildwirkung solcher Lebensstile auf Menschen, die weniger verdienen, deutlich geringer. Tatsächlich gibt es empirische Hinweise, dass sozial ausgeglichene Gesellschaften weniger konsumorientiert und eher zu gesellschaftlichen Veränderungen bereit sind.

Schließlich gilt es, auf der kommunalen und regionalen Ebene in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern eine Infrastruktur auszubauen, die ein weniger an individuellem Güterbesitz ausgerichtetes, ressourcensparendes Leben ermöglicht. Dazu zählt eine Verkehrsinfrastruktur, die Fußgängern, Radfahrerinnen und Radfahrern sowie den Nutzern des öffentlichen Nahverkehrs autofreie oder autoreduzierte Mobilität ermöglicht. Weiter geht es um Einrichtungen für Kultur und Sport – wie öffentliche Büchereien und öffentliche Bücherschränke oder für alle zugängliche Sportanlagen wie Trimm-dich-Pfade, Biker-Anlagen und andere. Es braucht Bildungseinrichtungen, die nützliches Wissen und Können vermitteln: zum Selbermachen, Reparieren und Gärtnern. Und gemeinschaftliche Projekte und wie Carsharing, Gemeinschaftsgärten, Mehrgenerationenhäuser. All das sind Ansatzpunkte für eine Suffizienzpolitik vor Ort.

Suffizienz klingt gut – und gefährlich. Manchen Politikern dürfte schwanen, dass weniger Konsum und eine echt ressourcensparende Wirtschaftsweise zu einem geringeren Bruttoinlandsprodukt führen kann. Dass sich die

Sonntagsreden von der Genügsamkeit am Montag in geringeren Umsätzen niederschlagen könnten. Suffizienzpolitik verlangt nicht nur die Anpassung von Gesetzen, Verordnungen und Budgets, sondern auch ein neues Denkmuster: Es ist notwendig, sich vom Glauben an unbegrenztes Wachstum zu verabschieden und neben dem notwendigen Umbau zu einer grünen Ökonomie auch an einer Ökonomie zu arbeiten, die nicht in der Steigerung der Marktproduktion von Gütern und Dienstleistungen die Hauptzielsetzung sieht, sondern in Wohlergehen, Lebensqualität und sozialem Ausgleich – national wie international. Für diese Entwicklung zu einer Postwachstumsgesellschaft benötigen wir eine Politik der Suffizienz. ■

>> **An die Leserinnen und Leser:**

Wenn Sie Ideen, konkrete Vorschläge oder Beispiele für eine Suffizienzpolitik haben, senden Sie diese bitte an:

Angelika Zahrnt

BUND Bundesgeschäftsstelle,

Am Kölnischen Park 1, 10179 Berlin,

angelika.zahrnt@bund.net

Angelika Zahrnt ist Wirtschaftswissenschaftlerin. Von 1998 bis 2007 war sie Vorsitzende des Bunds für Umwelt und Naturschutz in Deutschland.

Sie gehört seit 2001 dem Rat für Nachhaltige

Entwicklung an. Zusammen mit Irmis Seidl gab sie 2010 das Buch »Postwachstumsgesellschaft.

Konzepte für die Zukunft« heraus.

Aus: Publik-Forum, kritisch – christlich – unabhängig, Oberursel, Ausgabe 5/2013.